

In unserer Rubrik »Unterm Brennglas« schauen wir auf Konflikte in der Welt, die von den Medien nach unterschiedlichen Maßstäben beurteilt werden, mit der Folge, dass sie damit die Menschenfamilie auf diesem Globus nicht zusammenführen, sondern spalten.

DER MITTLERE OSTEN

Libyen und der Irak werden von islamistischen Gruppierungen dominiert und drohen zu zerbrechen. In Afghanistan haben die Taliban am 29. September 2015 die Stadt Kundus eingenommen, die zwischen 2003 und 2013 von deutschen *Isaf*-Soldaten kontrolliert wurde und als Modell für »Befriedung« dienen sollte. Der Bürgerkrieg in Syrien hat verheerende Folgen für die syrische Zivilbevölkerung und löste eine Flüchtlingswelle aus. Das islamistische Terrorbündnis *IS* hält große Teile Syriens und des Iraks unter seiner Kontrolle. Die demokratischen Errungenschaften des sogenannten »Arabischen Frühlings« sind durch Gegenrevolutionen traditioneller Machtapparate erstickt worden.

Fast täglich beschreiben die Medien neue Schreckensszenarien aus dem Mittleren Osten, und die Politik sucht vergeblich nach Lösungsansätzen. Doch will man die Gegenwart verstehen, ist zuerst ein Blick in die Geschichte nötig. In seinem Buch *Secret Affairs (Geheime Angelegenheiten)*, Übersetzung d. Red.), sieht der britische Historiker Mark Curtis die Ursache für die heutigen Probleme des Mittleren Ostens in einem kolonialen System, das westliche Mächte etabliert haben und bis heute aufrechtzuerhalten versuchen. Basierend auf einer Auswertung freigegebener Regierungsdokumente zeigt Curtis, wie »europäische Mächte« nach dem Fall des Osmanischen Reichs im frühen 20. Jahrhundert den Mittleren Osten »unter sich aufgeteilt« haben. So etablierten Großbritannien und später die USA, die aus dem Zweiten Weltkrieg als stärkste Macht hervorgegangen waren, einen »Ring von Klientenstaaten«, bestehend aus »feudalen Regimen«. Zu diesem Ring gehören heute die Golfstaaten Bahrain, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Qatar und Oman sowie das radikal-islamistische Saudi-Arabien. Das Grundmuster der Beziehungen zwischen diesen Staaten und dem Westen fasst Curtis wie folgt zusammen: Die westlichen Mächte leisten Militärprotektion und erhalten dafür exklusiven Zugang zu den

Ressourcen dieser Länder, insbesondere deren Ölvorkommen. Zusätzlich sollen die Klientenstaaten als strategische Puffer gegen eine russische Expansion dienen.

ARABISCHER NATIONALISMUS

In einem Bericht von 1952 spricht das britische Außenministerium vom »Virus des Arabischen Nationalismus«, das es auszumerzen gelte. In den von Curtis gesichteten westlichen Regierungsdokumenten fallen Staaten, Regierungen und politische Strömungen unter den Begriff »Arabischer Nationalismus«, wenn sie das Ziel verfolgen, sich außerhalb der Einfluss-sphäre westlicher Mächte zu bewegen. Das Problem für westliche Interessen stellt laut Curtis das Verlangen der Menschen im Mittleren Osten dar, die lange Zeit von Ausländern beherrscht wurden, nun ihre Ressourcen selbst zu kontrollieren und wirklich unabhängig werden zu wollen. Dieses Verlangen ist für die westlichen Staaten nicht akzeptabel, wenn für sie wichtige Ressourcen oder strategische Überlegungen tangiert werden.

So belegt Curtis anhand zahlreicher Fälle, wie der Westen den sogenannten Arabischen Nationalismus im Mittleren Osten bekämpft hat. Ein Beispiel: 1953 leiteten der britische Geheimdienst MI6 und der US-Geheimdienst CIA einen Putsch in die Wege, der den iranischen Präsidenten Musaddiq stürzte und das dem Westen gewogene Regime des Schahs installierte. Die nationalistische Regierung Musaddiq hatte die iranischen Ölvorkommen, die zuvor größtenteils unter der Kontrolle britischer Firmen standen, verstaatlicht. Unter dem vom Westen unterstützten Schah wurde die Politik Musaddiqs zurückgenommen, angloamerikanische Firmen erhielten achtzig Prozent der Anteile des iranischen Öls. Der Schah wurde 1979 durch die Islamische Revolution beseitigt, aus der das heutige Regime des Irans hervorging. Der Iran ist kritisch zu beurteilen, insbesondere wegen seiner Menschenrechtsverletzungen. Der wesentliche Grund, warum der Iran gegen-



wärtig vom Westen als »Schurkenstaat« angesehen wird, liegt jedoch in der Tatsache, dass das Land eine vom Westen unabhängige – also nationalistische – Wirtschafts- und Militärpolitik anstrebt und seine enormen Ölreserven nicht für westliche Konzerne geöffnet hat. Bis heute, so belegt Curtis in seinem Buch, greifen die westlichen Mächte im Mittleren Osten ein mit dem Ziel, nationalistische Bestrebungen zurückzudrängen.

Unterstützt werden vom Westen auch militant-islamistische Staaten und Gruppierungen, weil diese aus westlicher Sicht als Gegengewicht zum Arabischen Nationalismus dienlich sind. So wird Saudi-Arabien als einer der wichtigsten westlichen Verbündeten im Mittleren Osten großzügig unterstützt, obwohl dessen Staatsideologie auf religiösem Fundamentalismus basiert. Yousaf Butt, Berater des britisch-amerikanischen *Security Information Council*, schreibt in einem Artikel in der *Huffington Post*, Saudi-Arabien könnte Schätzungen zufolge in den vergangenen Jahrzehnten bis zu hundert Milliarden Dollar für den Export des Wahhabismus, einer mittelalterlichen islamistischen Ideologie, ausgegeben haben. Fast unbemerkt von der westlichen Öffentlichkeit versorgt Saudi-Arabien islamistische Gruppierungen und Staaten mit finanziellen Mitteln. Auch unterhält es ein länderübergreifendes Netz von islamistischen Moscheen und Frontorganisatio-

nen. Butt verweist auf eine von der *Wiki-leaks*-Plattform veröffentlichte Depesche, in der US-Außenministerin Hillary Clinton zu Protokoll gibt, dass »Spender aus Saudi-Arabien weltweit die bedeutendste Finanzquelle für sunnitische Terrorgruppen darstellen«. Trotz dieses Wissens, schreibt Butt, werde »Saudi-Arabien weiterhin von westlichen Mächten verhätschelt«. Obwohl die derzeitige Menschenrechtsbilanz Saudi-Arabiens im Vergleich zum Iran wesentlich schlechter ausfällt, steht Saudi-Arabien nicht auf der Liste der Schurkenstaaten.

DER WESTEN SIEHT ZU

Gleiches gilt für Ägypten, den zweitgrößten Empfänger von US-Militärhilfe außerhalb der *Nato* und treuen Partner des Westens. Es spielt in der politischen Öffentlichkeit daher kaum eine Rolle, dass Ägypten eine Militärdiktatur ist. So drückten westliche Regierungen im Juli 2013 ein Auge zu, als das Militär die erste demokratisch gewählte Regierung Ägyptens mit einem Putsch beseitigte und nach Angaben von *Human Rights Watch* in wenigen Wochen über tausend Demonstranten tötete. Auch wurden Aufstände in Bahrain und Saudi-Arabien niedergeschlagen. Der Westen sah ebenfalls darüber hinweg, dass seine Klientenstaaten durch die Unterstützung sunnitischer Rebellengruppen die Irak-, Libyen- und Syrienkonflikte weiter anheizten. Der renommierte britische Journalist

Florian Zollmann ist Direktor des Archbishop Desmond Tutu Centre for War and Peace Studies an der Liverpool Hope University und Dozent für Medienwissenschaften. Zu seinen Schwerpunkten gehören Kriegsberichterstattung, Internationale Beziehungen und Propaganda.

Patrick Cockburn kommt in seinem neuen Buch über das Terrornetzwerk IS *The Rise of Islamic State (Der Aufstieg des Islamischen Staates, Übersetzung d. Red.)* zu dem Schluss: »Es waren die USA, Europa und ihre regionalen Alliierten in der Türkei, Saudi-Arabien, Qatar, Kuwait und Vereinigten Arabischen Emiraten, die die Konditionen für den Aufstieg von IS geschaffen haben.«

Doch über diese Zusammenhänge wird in den Medien kaum berichtet. Der Mittlere Osten droht heute auseinanderzubrechen. In zahlreichen Staaten herrscht Bürgerkrieg. Dies allein dem Westen anzulasten, wäre eine verengte Sicht. Doch wer den Ursachen wirklich auf den Grund gehen möchte, der muss die ganze Geschichte des Mittleren Ostens mit seinem Problem der kolonialen Strukturen sehen. Von diesen Strukturen profitiert der Westen. Für die Demokratie im Mittleren Osten stellen sie eine schwere Last dar.

FLORIAN ZOLLMANN